

20 Jahre Bundeskulturpolitik

Rückblick und Ausblick



Katrin Budde, MdB,
Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien im Deutschen Bundstag

Kunst und Kultur sind das Fundament unserer Gesellschaft. Sie bereichern unser Leben, bauen Brücken, tragen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zur Integration bei. Sie müssen für alle Menschen zugänglich sein, unabhängig von Herkunft, Bildung, Einkommen.

Für mich ist die Freiheit von Kunst und Kultur nicht verhandelbar. Kunst darf alles sagen und zeigen, solange es andere Menschen nicht in ihren Grundrechten verletzt. Hier setzt nur das Strafrecht Grenzen. Die Freiheit der Kunst deckt auch Dinge ab, die ich persönlich geschmacklos oder rassistisch finde, bei denen ich sage, »meine Grenze ist dabei überschritten«. Kunst ist unbequem und fordert immer wieder heraus. Das wollen und müssen wir aushalten. Aber das ist auch gerade das, was Kunst und Kultur auszeichnet und ausmacht.

Vor mehr als 20 Jahren gab es keine Einrichtung in der Bundespolitik, die für die Kulturpolitik des Bundes zuständig war. Die kulturellen Aufgaben des Bundes wurden damals noch von verschiedenen Ministerien wahrgenommen. Auch wenn die Bundesländer nach dem Grundgesetz primär für die Kulturpolitik zuständig sind, so gab es doch den Wunsch nach der Bündelung der kulturpolitischen Kompetenzen des Bundes. Deshalb schuf die damalige rot-grüne Bundesregierung das Amt eines Staatsministers bzw. einer Staatsministerin für kulturelle Angelegenheiten.

In seiner Regierungserklärung sagte Bundeskanzler Gerhard Schröder zu dem neu geschaffenen Amt: »Er wird Impulsgeber und Ansprechpartner für die Kulturpolitik des Bundes sein und sich auf internationaler Ebene als Interessenvertreter der deutschen Kultur verstehen. Auch dadurch wird die Bundesregierung Kulturpolitik wieder zu einer großen Aufgabe europäischer Innenpolitik machen.«

Gleichzeitig wurde auch der Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages wieder eingesetzt.

Auch wenn einige Bundesländer am Anfang die Notwendigkeit eines Beauftragten für Kultur und Medien nicht sahen, so ist diese Institution heute unumstritten und wird gern genutzt.

In den ersten Jahren des Bestehens des Beauftragten für Kultur und Medien wurden die strukturellen Grundlagen der Bundeskulturpolitik geschaffen. Dazu gehören unter anderem die Kulturstiftung des Bundes, aber auch rechtliche Grundlagen wie Novellierungen des Urheberrechts oder die Künstlersozialversicherung.

Der Haushalt für kulturelle Aufgaben des Bundes ist in den 20 Jahren seit Bestehen des Amtes kontinuierlich angewachsen auf inzwischen knapp 1,8 Mrd. Euro. Doch mit der Vergabe von Geldern ist es nicht getan. Wir brauchen neue Konzepte, neue Ideen, Strukturen und Wege. Kulturpolitik muss sich künftig breiter aufstellen. Gesellschaftliche Entwicklungen wie Digitalisierung, Inklusion, Demografie, Zuwanderung oder religiöse Vielfalt stellen auch die Kulturpolitik vor neue Herausforderungen. Darauf müssen wir Antworten finden.

Mit dem Koalitionsvertrag von SPD und CDU/CSU haben wir eine gute Grundlage geschaffen, nach vorne zu schauen, mehr Menschen zu erreichen, mehr kulturelle Bildung und Teilhabe zu ermöglichen sowie Kultur in der Fläche stärker zu unterstützen. Mit einer »Agenda für Kultur und Zukunft« werden wir gemeinsam mit den Ländern eine fortschrittliche Kulturpolitik nach innen und außen entwickeln, die den Dialog und den Austausch fördert und den Zusammenhalt in unserer offenen, freien und demokratischen Gesellschaft stärkt. Aufgrund eines stärker gewordenen Rechtspopulismus müssen wir unsere Werte und Ideale sichtbarer und erlebbarer machen. Kulturelle Teilhabe macht stark gegen den Populismus unserer Zeit.

Kultur und kulturelle Bildung muss allen Menschen in unserem Land zugänglich sein, egal ob in Städten oder auf dem Land, denn Kultur ist ein öffentliches Gut. Kultur ist Daseinsvorsorge. Wir

werden die kulturelle Infrastruktur und die kulturellen Angebote, analog und digital, verbessern.

Deutschland ist reich an Kultur, sowohl an materieller als auch an immaterieller Kultur. Aufgrund der historischen Kleinteiligkeit unseres Landes haben wir sehr viel Kultur in der Fläche, die wir stärken müssen. Wir haben überall gewachsene kulturelle Anker vor Ort, für alle Bevölkerungsschichten. Wir haben wunderbare authentische Orte. Diese müssen wir wiederbeleben und als authentische Stätten nutzen. Wir müssen aber auch zum Teil mit neuen Konzepten arbeiten. Dabei dürfen wir uns nicht auf die sogenannte »Hochkultur« konzentrieren. In meinem Kulturverständnis spielt die Soziokultur eine wichtige Rolle. Und ich glaube, damit kommen wir dem, was tatsächlich als Kultur in der Fläche verstanden wird, am nächsten.

Es geht nicht nur um Baudenkmäler, sondern auch um Brauchtum und Traditionen, die ein essentieller Bestandteil unserer Kultur und für viele Menschen, vor allem in den ländlichen Räumen, identitätsstiftend sind. Ein neuer Weg könnte deshalb sein, enger mit den Ländern und Kommunen zusammenzuarbeiten und lokale Kulturprojekte im ländlichen Raum verlässlich zu sichern. Wir brauchen die kleinen Theater, Museen, Kinos oder Bibliotheken als dauerhafte Ankerpunkte der kulturellen Infrastruktur. In besonders finanzschwachen Kommunen muss auch der Bund die Möglichkeit bekommen, mehr zu fördern.

In den letzten 20 Jahren hat die Kulturpolitik in Deutschland an Bedeutung gewonnen. Das ist gut und richtig. Doch wir können eine moderne und zukunftsgerichtete Kulturpolitik nicht ausschließlich mit den Instrumenten und Strukturen von gestern gestalten. Deshalb begrüße ich den Vorschlag der Kultusministerkonferenz, eine Kulturministerkonferenz unter ihrem Dach einzurichten. Ein solches Gremium, an dem auch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien teilnehmen soll, könnte kulturpolitisch relevante Fragen diskutieren, und der Abstimmungsprozess zwischen Bund und Ländern könnte verbessert werden. Ziel muss eine konzeptbasierte Kulturpolitik sein, deren Wirksamkeit empirisch begleitet werden muss.

Es gibt Themen, die in der vergangenen Zeit zu kurz gekommen sind, denen wir uns als Parlament und als Ausschuss für Kultur und Medien annehmen müssen und bei deren Umsetzung die Beauftragte für Kultur und Medien gefragt ist.

- Kultur muss man sich leisten können, doch Menschen mit geringem Einkommen können das nicht immer, sie können für Kultur in der Regel nur wenig Geld ausgeben. Deshalb plädiere ich dafür, in vom Bund geförderten Kultureinrichtungen regelmäßig auf den Eintritt zu verzichten. Dann werden auch Menschen kommen, die sonst nicht

viel für Kultur übrig haben. Der Zugang zu Kultur darf nicht vom Geldbeutel abhängen.

- Geschlechtergerechtigkeit gibt es im Kulturbetrieb kaum. Jürs, Kommissionen und andere Gremien sind unausgewogen besetzt, es gibt wenige Frauen in Führungspositionen, die Honorare und Gagen von Männern sind meist erheblich höher als die der Frauen. Zudem muss die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch in der Kultur verbessert werden. Da liegt viel Arbeit vor uns.

- Eine gute soziale Absicherung aller Kulturschaffenden ist essentiell. Neben sozialen Mindeststandards braucht es auskömmliche Löhne und Honorare, die auch Grundlage für öffentliche Förderungen sind. Die geltende Regelung für den Zugang zu Arbeitslosengeld I muss den Situationen der Kulturschaffenden besser angepasst werden.

- Förderanträge sind oft kompliziert. Selbst bei kleinsten Förderbeträgen gibt es umfassende Prüfungen. Eine Entbürokratisierung würde vor allem Kleinprojekten helfen, die keinen Verwaltungsapparat haben. Damit wäre es für viele Künstlerinnen und Künstler leichter, Unterstützung zu erhalten.

- Keine Zukunft ohne Vergangenheit. Wir müssen die Erinnerung an die NS-Terrorherrschaft und die SED-Diktatur aufrechterhalten, ebenso wie die positiven Momente in unserer Demokratiegeschichte. Um aber vor allem jungen Menschen unsere Geschichte zu vermitteln, brauchen wir auch neue, digitale und audio-visuelle Konzepte. Das Programm »Jugend erinnert« wird seinen Beitrag dazu leisten.

- Auch die Kulturpolitik kommt an der Digitalisierung nicht vorbei. Um mehr Menschen für Kultur zu begeistern, brauchen wir eine digitale Strategie. Neben der Präsenz von Kultureinrichtungen im Internet brauchen wir Apps, die einfach und schnell Kultur vermitteln und Interesse wecken.

Dies sind nur einige Themen, mit denen sich das Parlament und die BKM in den kommenden Jahren beschäftigen müssen. Dann wird es uns auch gelingen, die Maxime »Kultur für alle« in die Tat umzusetzen.

Ich selbst bin sehr zuversichtlich, dass wir einen neuen Aufbruch in der Kulturpolitik schaffen. Ich persönlich werde mich dafür weiterhin mit Leidenschaft und viel Engagement einsetzen. ■